

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/89

Bonn, den 13. Mai 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Ein notwendiges Wort zu rechter Stunde 45

Atomsperrvertrag und die Europäer

2 "Gemeinsamer Markt" der Vorurteile? 51

Eine bemerkenswerte Untersuchung eines französischen Wissenschaftlers

3 - 4 Mitteldentscher Alltag 98

Der 7. FDGB-Kongreß

Von Walther Ramm

5 - 6 Universitätskrise in Paris 86

Hintergründe, Ursachen und Folgen des französischen Studentenaufstands

Von Georg Scheuer, Paris

* *

*

Zur Zeit verantwortlich Albert Exler

Ein notwendiges Wort zu rechter Stunde

Atomsperrvertrag und die Europäer

E.D. - In diesen Tagen wird das Europäische Parlament in Straßburg die Probleme des Atomsperrvertrages, wie sie sich aus dem von den USA und der Sowjetunion vorgelegten Entwurf ergeben, diskutieren. In wenigen Wochen wird dann die 22. Hauptversammlung der Vereinten Nationen eine erste Lesung dieses Entwurfes vornehmen. Damit ist die internationale Diskussion um diesen Vertrag in ein neues Stadium getreten. Es ist bekannt, daß sich für die nichtatomaren Staaten, besonders in Europa, aber auch anderswo, bestimmte Fragen stellen, die nüchtern und ohne Emotionen gesehen werden müssen.

Gerade zur rechten Stunde haben Vertreter der sechs Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft nach sorgfältiger Beratung des Entwurfs des Atomsperrvertrages eine EntschlieÙung formuliert, die im Grundsätzlichen eine positive Einstellung zum Vertragsentwurf enthielt. Angesichts der Gefahren, die die Streuung atomarer Waffen darstellt, ist der Versuch, diese Streuung zu verhindern, prinzipiell gut zu heißen. Viele Bedenken, die die nichtatomaren Mächte in der Vergangenheit gegenüber früheren Entwürfen eines Atomsperrvertrages gehabt haben, konnten dank der Bemühungen von Staaten in West und Ost inzwischen ausgeräumt werden.

Mit Nachdruck weist die EntschlieÙung der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft auf die Verpflichtung der Atomkräfte hin, jene Schritte zu unternehmen, um den Atomsperrvertrag als ein Instrument auf dem Wege weltweiter, gleichwertiger und kontrollierter Abrüstung auf dem nuklearen und konventionellen Sektor anzusehen.

Der Vertrag bietet auch dazu geeignete Voraussetzungen. Wie erinnerlich hat es besonders um die Fragen der Kontrolle in den Ländern Europas, die der Europäischen Gemeinschaft angehören und die darum schon den Kontrollen von EURATOM unterworfen sind, lebhaft Diskussionen gegeben. Die Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft hoffen, daß es in nicht allzu ferner Zukunft zu einem Abkommen zwischen EURATOM und der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien kommt, in dem die Gültigkeit der EURATOM-Kontrollen anerkannt wird.

Es kommt darauf an, daß die Bejahung der Grundsätze eines Atomsperrvertrages möglichst rasch in die Wirklichkeit umgesetzt wird, damit das positive Element der Friedenssicherung, an der besonders die Bundesrepublik Deutschland ein so großes und natürliches Interesse hat, sichtbar auch in den Diskussionen in der nahen Zukunft zum Ausdruck kommt.

Die EntschlieÙung der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft ist ein geeigneter Schritt, um die Debatte um den Atomsperrvertrag in Europa auf die Ebene zu heben, die allein Richtschnur des politischen Handelns unserer Zeit sein sollte: Den Frieden bewahren und die Schrecken atomarer Gefahren bannen.

"Gemeinsamer Markt" der Vorurteile?

Eine bemerkenswerte Untersuchung eines französischen Wissenschaftlers

sp - Seit fünf Jahren besteht das deutsch-französische Jugendwerk. Es ermöglichte 600.000 Deutschen und 500.000 Franzosen Reisen in das jeweilige Nachbarland. Der Austauschdienst soll die deutsch-französischen Mißverständnisse an der Wurzel treffen. Wie soll es je zu einer deutsch-französischen Entente kommen, wenn nicht wenigstens die Jugendlichen beider Nationen vorurteilsfrei einander betrachten und begegnen. Der Austausch floriert, doch an den Vorurteilen scheint sich nichts zu ändern.

Yvon Bourdet, Lehrbeauftragter an der Universität Paris, befragte im Juli und August 1966 über 1.000 junge Deutsche und Franzosen in gemeinsamen Ferienlagern nach ihrer Haltung zum Deutschen, zum Franzosen. Bourdet erhielt, wie aus der jüngst veröffentlichten Studie ("Préjugés français et préjugés allemands") hervorgeht, Antworten, die ihn zu der Schlußfolgerung zwingen, "daß Reisen allein die Jugend nicht bilden können". Von einer Erweiterung des Jugendaustausches seien nur "reine Höflichkeitsbeziehungen und individuelle Freundschaften ... ähnlich denen, die es bereits vor dem Krieg gab", zu erwarten.

Daß man hüben wie drüben zu wenig voneinander weiß, zeigt tatsächlich eine Auswahl aus den Antworten, die Bourdet bei seiner Befragung erhielt: Nur die Hälfte der befragten jungen Franzosen hielt Bourdet's Behauptung für falsch, daß man in der DDR besser lebe als in der Bundesrepublik. Zehn Prozent der befragten jungen Deutschen und 20 Prozent der befragten Franzosen glaubten, daß ein neuer deutsch-französischer Krieg nicht unmöglich sei. Einig waren sich deutsche und französische Jugendliche in ihrer Ablehnung Hitlers. Auch gegenüber dem tragischen Geschick der Juden war eine gemeinsame Haltung festzustellen. Bei zwei Dritteln der Franzosen und fast drei Vierteln der Deutschen ist der Jude mit dem Begriff "verfolgt" verbunden. Die Jugendlichen beider Nationen verbinden mit dem Begriff Juden aber auch den Begriff Händler.

Beunruhigend ist aber vor allem, daß sich bei den Meinungsumfragen von Bourdet mit zunehmendem Alter ein immer stärkerer Durchbruch derartiger Klischees feststellen ließ. Eine gewisse Geschichts- und Staatsmüdigkeit ließ sich auf deutscher Seite bei der Beantwortung der Frage feststellen: "Wenn Sie im Alter von 15 Jahren Ihre Staatsangehörigkeit wählen müßten, für welche würden Sie sich entscheiden?" Natürlich entschieden sich die meisten Deutschen wie auch die meisten Franzosen dafür, ihre eigene Staatsangehörigkeit beizubehalten. Doch ist bei den Deutschen die Zahl derer, die sich nicht für Deutschland entscheiden würden (rund ein Drittel), doppelt so hoch wie bei den Franzosen (rund ein Sechstel). In beiden Ländern war festzustellen, daß bei den Mädchen die Bindung an das Vaterland weniger stark als bei den Jungen ist. Noch erstaunlicher ist, daß von den Deutschen, die nicht für Deutschland optieren würden, sich nur 18 Prozent für Frankreich entscheiden würden. Die Hälfte würde Amerika wählen, das weiterhin das gelobte Land bleibt. Unter den europäischen Ländern besaß für die befragten Deutschen die friedliche Schweiz die größte Attraktivität, nämlich für 31 Prozent.

Bourdet plädiert für praktische Maßnahmen, die einen Abbau der traditionellen Vorurteile bewirken sollen. Er ist bei der Wahl seiner Mittel nicht kleinlich und schlägt vor, "den Geschichtsunterricht in allen Volksschulen Deutschlands und Frankreichs abzuschaffen." Eine Lösung, zweifelsohne, die keine ist. Aber vielleicht sollten einmal die Geschichtsbücher und der Geschichtsunterricht unter die Lupe genommen werden?

Mitteldeutscher Alltag

Der 7. FDGB-Kongreß

Von Walther Ramm

Anfang voriger Woche tagten in der Ostberliner Seelenbinderhalle über 2.000 Delegierte des FDGB. Der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Herbert Warnke, hielt das einleitende Hauptreferat: "Die Aufgaben der Gewerkschaften bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus."

Die Delegierten vertreten etwa 6,8 Millionen Mitglieder, wovon 3,1 Millionen Frauen sind. Seit dem letzten Kongreß im Jahre 1963 sind 400.000 neue Mitglieder im FDGB aufgenommen worden. Eine Million FDGB-Mitglieder sind Jugendliche unter 25 Jahren. In den Gewerkschaftsgruppen arbeiten 757.000 gewählte Funktionäre; hinzu müssen über 96.000 Mitglieder in den Frauenausschüssen gezählt werden. In den gewerkschaftlichen Jugendausschüssen arbeiten 34.600 junge Funktionäre, 23.300 Jugendvertrauensleute vertreten die Interessen junger FDGB-Mitglieder und Jungarbeiter. In den Betrieben übernahmen 68.300 "Angehörige" der Intelligenz eine gewerkschaftliche Funktion.

Warnke führte aus, daß das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen im Jahre 1963 von 613 Mark auf 680 Mark im Jahre 1967 angestiegen sei. Die unteren Lohnkategorien und die Zulagen für kinderreiche Familien wurden im Jahr 1967 angehoben. Im gleichen Jahr standen für 7,8 Milliarden Mark mehr Ge- und Verbrauchsgüter zur Verfügung als im Jahre 1963. Das Angebot für industrielle Konsumgüter, wie Waschmaschinen, Kühlschränke, Fernsehapparate, die bisher Mangelware waren, wurde wesentlich verbessert.

Der Ausbildung von Arbeitern und Angestellten, zur Verbesserung innerer Arbeitsleistungen, wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Im Jahre 1964 nahmen etwa 630.000 der in der sozialistischen Industrie Beschäftigten an Lehrgängen teil. Diese Zahl erhöhte sich im Jahre 1967 auf über 810.000. Über 300.000 Beschäftigte erwarben seit 1963 im Rahmen der Erwachsenen-Ausbildung den Facharbeiterbrief. Seit dem 6. FDGB-Kongreß haben sich jährlich etwa 207.000 Frauen an beruflichen Ausbildungslehrgängen beteiligt.

Von 1963 bis 1967 sind im Gebiet der DDR 375.000 neue Wohnungen gebaut worden. Insgesamt wurden bisher über eine Million neue Wohnungen fertiggestellt.

Für Mitglieder oder Angehörige vermittelte der "FDGB-Reisedienst" über 1,1 Millionen Reisen. Zusätzlich wurden 64.000 Ferienreisen in das "sozialistische Ausland" unternommen. Mehrere Millionen Jungen und Mädchen verlebten in 6.500 Betriebsferienlagern ihren Urlaub. In 11.700 gewerkschaftlichen Volkskunstgruppen betätigen sich über 800.000 Jugendliche.

Warnke kritisierte, daß alte Denkmuster noch immer in der Gewerkschaftsarbeit vorherrschend sind. Viele mittlere und untere Funktionäre - die hohen machen übrigens keine Ausnahme - hätten sich den neuen Bedingungen noch nicht angepaßt. Er führte aus:

- * "Warum vollzieht sich der Prozeß des Denkens in neuen Maßstäben... - und ich nehme den Bundesvorstand nicht aus - bei vielen Funktionären noch zu langsam?"
- * Eine wesentliche Ursache liegt hierfür in einem gewissen Konservatismus des Denkens und Handelns. Das drückt sich aus... in Routinearbeit, festhalten an scheinbar bewährten Traditionen, Schematismus in der Arbeit, engstirnigen Ressortgeist und Nichtbegreifen des Systemcharakters unserer gesellschaftlichen Entwicklung.

Harte Kritik wurde von Warnke weiter an leitenden FDGB-Funktionären in Betrieben geübt. In den "Konfliktkommissionen" wurden im Jahr 1967 über 40.000 Arbeitskonflikte beraten und entschieden. Ungefähr gegen 3.000 solcher Beschlüsse wurden bei Arbeitsgerichten Einspruch eingelegt. "Aber", so führte Warnke weiter aus, "bei der Hälfte dieser Verfahren mußte die Sicherung der Rechte der Werktätigen erst durch das Gericht erfolgen. In diesen Fällen hatten sich also leitende, in den Betrieben tätige Gewerkschaftsfunktionäre auf die Seite der Gesetzesverletzungen, gegen die berechtigten Beschwerden der Arbeiter gestellt..."

Wenn die Betriebsleitungen unter den neuen Wirtschaftsbedingungen mehr Entscheidungsfreiheit - und mehr Verantwortung - erhalten haben, so muß den Gewerkschaften das gleiche Recht in den Betrieben zugestanden werden. An verschiedenen Stellen seiner Rede verweist Warnke auf die Bedeutung der neuen Rechte und Pflichten. Allzuoft wurden Beschlüsse, die Belegschaften zu den Betriebsplänen gefaßt hatten, durch vorgesetzte Stellen über den Haufen geworfen. Warnke sagte dazu:

- * "Keine Gewerkschaftsleitung darf heute mehr zulassen..., daß die Mitwirkung der Werktätigen am Plan auf eine kurzfristige Kampagne beschränkt und durch spätere, nachträgliche Weisungen übergeordneter Wirtschaftsorgane die Aufgabenstellung... wesentlich korrigiert oder von Grund auf geändert wird..."

Dr. Günter Mittag, Mitglied des Politbüros der SED und einer der Initiatoren der neuen Wirtschaftspolitik, verwies auf die grundsätzlichen Strukturveränderungen in der Wirtschaft gegenüber dem alten System der Planung. Er sagte:

- * "In der Periode des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus und der Überwindung der kapitalistischen Zersplitterung waren wir politisch und ökonomisch gezwungen, die erwirtschafteten Gewinne der Betriebe im Staatshaushalt zu konzentrieren, und die Mittel für Investitionen und zur Erhöhung der Bestände an Rohstoffen, Material und Halbfabrikaten von oben nach unten zu verteilen. Das war für diese Periode notwendig und richtig und hat zu großen Erfolgen beim sozialistischen Aufbau geführt. Mit dem Beginn des neuen ökonomischen Systems wurde es möglich, Schritt für Schritt dazu überzugehen, den Betrieben die eigene Verantwortung zur Erwirtschaftung der Mittel für den gesamten einheitlichen Reproduktionsprozeß zu übertragen..."

Es zeigt sich, daß der Umwandlungsprozeß, der das alte Planungssystem ablöst, noch nicht abgeschlossen ist. Die Gewerkschaften, denen an dieser Aufgabe eine besonders wichtige Aufgabe zukommt, sind mit den existierenden Problemen noch nicht fertig geworden. Noch wirkt eine veraltete Ideologie weiter, in der den Gewerkschaften eine "transformierende Rolle" von oben nach unten zugewiesen wurde. Es zeigt sich, daß die Kräfte, wenn das Werk der Umformung der Wirtschaft gelingen soll, von unten nach oben gleichsam wirksam werden müssen. + + +

Universitätskrise in Paris

Hintergründe, Ursachen und Folgen des französischen Studentenaufstands

Von Georg Scheuer, Paris

Auch Frankreich hat nun Studentenunruhen mit Straßenkämpfen. Diese Bewegung begann im November 1967 mit einem zehntägigen Vorlesungsstreik der Soziologiestudenten für die Durchsetzung einer durchgreifenden Universitätsreform. Hinzu kam die Radikalisierung der Kampagne gegen den Vietnamkrieg.

Als am 22. März 1968 mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden, drangen einige hundert Studenten in den Professorensaal und protestierten. Parole: "Professoren, ihr seid alt", parallel zu einer ähnlichen Westberliner Losung. Überhaupt läßt sich ein gewisser Einfluß der letzten Ereignisse in Westberlin und in der Bundesrepublik auf die Pariser Studenten nicht leugnen. Die französischen Vorgänge haben aber besondere Kennzeichen.

Mehr und mehr richtete sich die hiesige Bewegung nicht nur gegen "reaktionären Muff" an der Sorbonne, sondern darüber hinaus gegen die ganze "kapitalistische Gesellschaftsordnung" und - die "konservative" Führung der Kommunistischen Partei. Das ist die französische Besonderheit.

Gespaltener Lehrkörper

Unter den Professoren entstanden zwei Richtungen: die einen waren für Diskussion mit den Studenten und warnten vor autoritären Maßnahmen, durch welche die Situation noch mehr verschärft werden mußte. Sie wiesen darauf hin, daß die linksradikalen "Rädelsführer" gerade infolge einer allzu autoritären Universitätspraxis unter der Studentenschaft immer breiteren Widerhall fanden und imstande waren, zuerst mehrere hundert und schließlich mehrere tausend Kommilitonen auf die Beine zu bringen. Reform und Dialog sollten der radikalen Propaganda den Wind aus den Segeln nehmen.

Andere Lehrkräfte hingegen waren für "scharfes Durchgreifen", Schließung der Fakultät und Aufstellung einer dem Rektor unterstehenden "Privatpolizei". Anfang Mai wählten die Universitätsbehörden nun plötzlich diesen zweiten Weg, ohne vorherige Konsultierung des Lehrkörpers.

Die Linksstudenten sollten "Überrascht" werden. Dekan Grappin sperrte zunächst erstmalig die Zweigstelle der Sorbonne in Kanterre. Der Komplex wurde von Bereitschaftspolizei umzingelt, um den Studenten den Zutritt zu verwehren. Alles geschah "plötzlich", um eine Besetzung der Hörsäle durch die Studenten zu verhindern.

Die Fakultät war schon im März für zwei Tage geschlossen worden, erstmalig wurden diesmal die Tore für unbestimmte Zeit verriegelt. Begründung Grappins im Einvernehmen mit dem Unterrichtsminister und dem Rektor: "Es herrschte eine unerträgliche Atmosphäre, eine Kriegspsychose." Die einzelnen Fächer sollten erst nach und nach wieder geöffnet

werden, mit Ausnahme der Soziologie, Psychologie und Philosophie, in welchen die linksextremen Studenten vorherrschen.

Daraufhin verlagerte sich die Agitation auf das Quartier Latin im Pariser Stadtzentrum. Die Folge waren Schließung der Sorbonne und Straßenschlachten, wie man sie hier in dieser Form überhaupt noch nicht erlebt hat.

Rechtsradikale Provokation

Der Auftakt zur Polizeioperation im Quartier Latin war die offene Herausforderung der rechtsradikalen Gruppe "Occident", die seit einigen Tagen zu Gewalttaten aufgefordert hatte und in der Sorbonne ein Lokal in Brand gesteckt hatte, in welchem sich die Linkstudenten normalerweise versammelten. Die Rechtsextremisten drohten außerdem mit einer "Strafexpedition" gegen Linkstudenten, falls die Polizei nicht unverzüglich mit den "Bolschewiken" aufräumt. Die rechtsradikale Wochenzeitung "Minute" forderte in Balkenlettern schärfste Maßnahmen. Auch aus den Reihen der Konservativen hörte man ähnliche Stimmen: Ebenso verlangte der frühere Generalsekretär der gaullistischen UNR entschiedenes Vorgehen gegen "Bourgeois-Söhnchen, die sich wie Che Guevara aufspielen". Unterrichts- und Innenministerium schlugen schließlich diesen Weg ein.

Die Situation wurde so ungemein verschärft.

Linkstrend

Die Interessenvertretung der französischen Studentenschaft (UNEF = Union Nationale des Etudiants de France) steht seit längerer Zeit unter starkem Einfluß der Unabhängigen Sozialisten (PSU). Die KPF findet in der Studentenschaft wenig Gehör. Die kommunistische Studentenorganisation ist relativ klein und befindet sich andererseits in Ablehnung gegen die Führung ihrer Partei.

Die unabhängig-sozialistische Führung der UNEF stützt sich hauptsächlich auf die Provinz (Lyon, Grenoble, Montpellier, Rennes, Caen, Dijon, Marseille, Angers, Poitiers und Orléans). Der kommunistische Einfluß beschränkt sich nur noch auf Lille, Nancy, St. Etienne, Toulouse, Rouen, Amiens und Orsay. Die Ultralinken beherrschen die Sorbonne, Nanterre, die Ecole Normale Supérieure und die Ecole des Beaux Arts.

Seit Jahresbeginn wurde nun auch die unabhängig-sozialistische Studentenführung durch ultraradikale Strömungen - hauptsächlich Trotzisten, Anarchisten und Maoisten - überrundet. Der Aufruhr richtet sich ausdrücklich auch gegen Parteikommunisten. So wurde der kommunistische Abgeordnete und ZK-Mitglied Pierre Juquin einige Tage vor der Pariser Straßenschlacht von ultralinken Studenten in Nanterre ausgepiffen und schließlich hinausgeworfen.

So erklärt sich die betonte Feindseligkeit der KPF gegenüber den revolutionären Studentenunruhen der letzten Tage. Die Presse der KPF, die kommunistische Gemeindeverwaltung von Nanterre und eine Reihe von kommunistischen Abgeordneten verurteilten ausdrücklich "die ultralinken Abenteurer", die jetzt nicht mehr als "Grüppchen" bagatellisiert, sondern als Gefahr für den Einfluß der KPF betrachtet werden.